



Der Senator, das große Geld und die Demokratie

Einige Grundregeln
vom roten Großvater

GESUCHT



wegen Diebstahl
der Bildung

Wissenschafts-
senator Dräger,
vormals Manager
des TU-Eliteab-
legers NIT (Northern
Institute of Techno-
logy), ist angetre-
ten, die Uni zu
modernisieren.
Neben dem, zu-
nächst vom Aka-
demischen Senat
abgelehnten, dann
von Uni-Präsident
Lüthje doch durch-
gekungelten Knebelvertrag namens
"Letter of Inten" hat Dräger nun einen
als "Hochschulmodernisierungsgesetz"
bezeichneten Neuentwurf für das Ham-
burgische Hochschulgesetz (HmbHG)
vorgelegt.

Modernisierung à la Dräger, ganz nach
Geschmack von Rechtssenat und
"Wirtschaftsstandort Hamburg" - wie
sieht so etwas aus?

Der Senator und die Demokratie

Nachdem schon in der letzten HmbHG-
Novelle, noch von Grünen-Senatorin
Sager die Rechte des Uni-Präsidenten
gestärkt worden sind, würde sich die Uni

nach dem neuen Entwurf noch weiter in
eine Präsidial"demokratie" wandeln. Der
Präsident wird, wie es in der Begründung
zur Gesetzesnovelle wörtlich heißt
"kompetenziell gestärkt" und "schließt
Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit
den zuständigen Behörden". Überflüssige
"Bremsklötze" wie der Akademische
Senat, der dann Hochschulsenat heißen
soll, werden dafür in ihren Kompetenzen
geschwächt.

Neu eingerichtet wird ein sogenannter
"Hochschulrat". Dessen Mitglieder dür-
fen explizit nicht von den Hochschulen
oder aus der Wissenschaftsbehörde,
kommen, "wählbar sind Persönlichkeiten
aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft
und Politik". Gehen wir einmal davon aus,
daß der Wirtschaft innerhalb dieses für
die Uni neunköpfigen Gremiums schon
den "Ihr gemäßen Stellenwert" erhalten
wird... Dieser Hochschulrat, mensch
könnte auch sagen: Uni-Aufsichtsrat, hat
keine geringeren Aufgaben als z.B. den
Präsidenten zu wählen, über die Mittel-
verteilung, den Wirtschaftsplan und die
grundsätzlichen, Forschung und Lehre
betreffenden Fragen zu entscheiden. Die
Hochschulen dürfen sich zur Regelung
ihrer Angelegenheiten eine sogenann-

- 1.) Unistreiks sind Aktionen, welche
nicht in dem Maße ökonomischen
Druck entfalten können, wie ein
Lohnstreik in der Industrie oder im
Transportgewerbe. Um Druck auszu-
üben, muß der Veranstaltungs-
boykott von aktiven Maßnahmen
begleitet werden, welche in der Öffent-
lichkeit oder durch ihre Vehemenz
bestechen: Demonstrationen,
Besetzung von Hochschulgebäuden,
Behörden oder Handels-
kammern oder Blockaden können
hierfür ein Mittel sein - Angry Strike
statt Lucky Strike.

- 2.) Streiks können ebenfalls nur Druck
aufbauen, wenn sie aktiv geführt
werden. Daß heißt, die streikenden
Studis bleiben nicht zu Hause, son-
dern machen Aktionen in der Stadt
und an der Uni, organisieren Veran-
staltungen und Partys an der Uni,
nutzen den Freiraum zu Diskussio-
nen und zur praktischen Weiterbil-
dung, verschönern die (selbstver-
ständlich auch über das Wochenende)
besetzten Uniengebäude und hin-
dern StreikbrecherInnen und Stre-
berInnen an ihrem Tun. Ein Streik
kann also durchaus anstrengender
als sein, als wie Schafe in den Hör-
saal zu trotten.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2



Lüthjes Träume werden wahr...

Bereits 1999 berichteten wir in unserer Zeitung über die Pläne und Absichten des damaligen und heutigen Uni-Präsidenten. Was damals manchen als böswillige Unterstellungen oder die übliche kommunistische Panikmache erschien, realisiert sich derzeit vor unseren Augen. Grund genug, den Artikel von 1999 noch einmal (leicht gekürzt) zu bringen - auf Seite 3

...und Lüthjes Träume sind unser Alptraum



Es kann passieren, daß demnächst nicht nur Studierende an der Uni sich bewegen müssen, es steht eventuell auch ein Arbeitskampf auf mancher Baustelle an der Uni an. Die KapitalistInnenverbände im Baugewerbe wollen in der laufenden Tarifrunde Lohnneinbußen, Samstagsarbeit, Flexibilisierungen, Einschränkung des Kündigungsschutzes und diverse andere Schwesternereien durchsetzen. Solidarisieren wir uns also daher mit dem Kampf der BauarbeiterInnen an den vielen Baustellen im Unibereich. Dabei sollte jedoch klar sein, daß wir dies nur tun, wenn sich die BauarbeiterInnen nicht rassistisch ausgrenzend gegen die zu Sklavenlöhnen arbeitenden KollegInnen aus Osteuropa vorgehen. In Hamburg stehen die Chancen allerdings recht gut, daß dies nicht passiert. Die hiesige IG BAU ist durchaus aktiv dabei, auch die Interessen der aus anderen Ländern stammenden ArbeiterInnen mit zu ver-

treten und für diese die vollen Rechte und Löhne auf dem Bau durchzusetzen. Daher: Zusammen kämpfen, um gemeinsam unsere Forderungen durchzusetzen.

Einer der Bauunternehmer an der Uni ist übrigens der edle Mäzen und Ritterkreuzträger Helmut Greve, dieser hält sich auf seinen Baustellen nicht an die Tarifverträge; prekäre und besonders mies entlohnte Beschäftigungsverhältnisse herrschen dort. Eigentlich ein Grund zum Handeln ...

Kontakt zur AMS:
ams-hamburg@marxisten.de
Tel. 480 49 00
oder komm zu unserem **Treffen:**
Di., 17 Uhr, Magda-Thürrey-Zentrum,
Lindenallee 72 (Eimsbüttel)

Stadthagen b. Hannover
Infos & Anmeldungen bitte an
sdaj-hamburg@marxisten.de
oder Tel. 0201/23 06 33



Der Senator...

Fortsetzung von S. 1

te Grundordnung geben. Diese erläßt der Hochschulrat. Das nennt mensch dann wohl Akademische Selbstverwaltung....

Der Senator und die Gebühren

Gleich in §3 steht's: "Das Studium in Bachelor- und Masterstudiengängen ist grundsätzlich gebührenfrei". Aber: Jede und jeder Studierende bekommt ein "Studienguthaben" in Höhe der Regelstudienzeit + 4 Semester. Wenn dieses "aufgebraucht" ist, heißt's zur Kasse... Dann fallen, erstmalig zum Wintersemester 03/04 Strafgebühren von 500 Euro an. Und von Strafgebühren kann mensch hier wirklich sprechen, heißt es doch in der Begründung "Das Studienguthabenmodell dient nicht primär zur Erzielung von Einnahmen, sondern soll einen Anreiz zur Verkürzung der Studienzeiten bieten". Gerechnet werden dabei alle Semester, die mensch an einer deutschen Hochschule eingeschrieben war, egal, in welchem Studiengang, ob mit oder ohne Abschluß, egal, in welchem Bundesland. Das bedeutet z.B., daß eine Studierende, die im 12. Semester nach Hamburg kommt, um ihre wissenschaftlichen Kompetenzen zu erweitern und ihr Studium hier abzuschließen, sofort zur Kasse gebeten wird, obwohl sie dem Land Hamburg noch keinen Cent gekostet hat.

Und weiter noch: Wer die Regelstudienzeit seines derzeitigen Studienganges um mehr als das Doppelte überschritten hat, soll sofort exmatrikuliert werden können, auch bei (zwangsläufiger) Zahlungswilligkeit. Für Leute, die nach einigen Semestern den Studiengang gewechselt haben, geradezu eine Katastrophe.

Streiken - aber richtig

Fortsetzung von Seite 1

- 3.) Besetzungstreiks bringen Möglichkeiten, einmal einen Vorschau eines ganz anderen, nicht gängeleiten und entfremdeten Lebens, Arbeitens und Lernens zu leben, andere direkte Formen von Demokratie, realer Selbstorganisation und Selbstverwaltung zu praktizieren. Hierfür ist eine basisdemokratische Organisation notwendig; regelmäßige, möglichst tägliche Versammlungen in Instituten und Fachbereichen sowie eine durch diese legitimierte, kontrollierte und jederzeit absetzbare Streikkoordination als Organe der Kämpfenden sollten aufgebaut werden. Kein ASIA, keine FSRK und keine ATTAC-HSG können derartige Strukturen ersetzen, da sie annäherungsweise die Kämpfenden repräsentieren.
- 4.) Selbstverwaltung während eines Besetzungstreiks erfordert auch, sich teilweise mit un schönen Erscheinungen auseinander setzen zu müssen, beispielsweise mit Sexisten, RassistInnen und oder Schlägern, welche einen temporären Freiraum für sich ausnutzen. Derartige Gestalten muß sanktionierend entschieden entgegen getreten werden.
- 5.) Um zu gewinnen, brauchen wir Verbündete. Unipräsi und Profs machen da häufig schöne Worte, auf Lüthje

war aber noch nie Verlaß und die ProfessorInnen mögen zwar Verständnis haben, sind aber auf Grund ihrer gesicherten sozialen Stellung und des internalisierten deutschen Beamtenrechts nie kollektiv sondern nur individuell auf unserer Seite und verteidigen in aller Regel Ihre professoralen Vollmachten gegen uns und können schnell zu GegnerInnen werden. Wir müssen unseren Kampf eigenständig und ohne Vorgaben aus dem Lehrkörper selbst bestimmen und gestalten.

- 6.) Verbündete außerhalb der Uni lassen sich nur gewinnen, wenn wir nicht als die zukünftigen Spitzen der Gesellschaft daherkommen oder unsere Interessen gegen die anderen von Kürzungen Bedrohten durchzusetzen versuchen, sondern gemeinsam mit diesen gegen den gemeinsamen Gegner kämpfen und einen solidarischen Umgang mit anderen Initiativen und Gruppen suchen, diese an die Uni einladen und mitmachen lassen, genau wie wir auch Aktionen von SchülerInnen oder GewerkschafterInnen unterstützen müssen.

**Die Uni gehört uns -
nehmen wir uns die
Uni!**

Die Welt des Herrn Lütjhe

Dieser Artikel erschien erstmals im Wintersemester 1999/2000 in unserer Zeitung. Unsere damaligen Befürchtungen wurden oft als übertrieben abgetan. Überzeugt Euch selbst, was von der „Panikmache der Roten“ zu halten ist.



Die Vorgeschichte

Herr Dr. Jürgen Lütjhe, der Präsident der Universität Hamburg hat eine verantwortungsvolle Aufgabe. Er will, daß die Universität sich als sein privates Schmuckstück im rauen Sturm der globalen Konkurrenz erfolgreich behauptet. Doch das ist leichter gesagt als getan. Von staatswegen her gibt es schon lange nicht mehr genug Geld, um den Universitätsbetrieb in gewohnter Weise fortzuführen.

Doch das ist gar kein Problem für den großen Steuermann Lütjhe: Die Knappheit der Mittel ist sogar gut. Sie zwingt die Anbieter von akademischer Bildung nämlich dazu, sich effizienter zu organisieren (sinngemäß aus der Studie der Hans-Böckler-Stiftung, an der Herr Lütjhe beteiligt gewesen ist). Wenn die Hochschulen mit einem Globalhaushalt arbeiten müssen, dann würden sie endlich die vielen Löcher stopfen, in denen die knappen Staatsmittel in der Vergangenheit versickert wären. So z.B. in den Löchern unnützer Studiengänge wie den Geisteswissenschaften.

Inzwischen sind die gesamtgesellschaftlichen Reichtümer in die Hand weniger von Unten nach Oben gesickert worden. Nach dem neoliberalen Wirtschaftsmodell geht es auch nicht an, daß das schöne deutsche Geld durch zu viele Hände geht. In der Hand weniger soll es die gewünschte Wirkung der „harten Währung“ und der „globalen Konkurrenzfähigkeit“ bekommen. Wer wenig oder kein Geld hat, hat eben Pech gehabt. Der Unipräsident von morgen versucht also gar nicht erst, den Staat um Geld anzubetteln. Er arbeitet mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung zusammen, um sie bei ihren Veränderungswünschen für das Hochschulwesen zu unterstützen. Aus einer Not soll eine Tugend werden. In zahlreichen Institutionen ist Herr Lütjhe seit mehreren Jahren tätig. Eine kurze Beschreibung soll die Zusammenhänge verdeutlichen:

Das Centrum für Hochschulentwicklung, Stiftung der Firma Bertelsmann.

Ein „Think-Tank“ in dem neoliberale Ideen auf das Hochschulwesen angewandt werden. In der jüngsten Publikation, an

der Herr Lütjhe namentlich beteiligt gewesen ist, finden sich Forderungen wie totale Abschaffung des BAFöG, Eigenbeiträge fürs Studium, und Bildungsdarlehen mit laufenden Zinsen von 7% pro Jahr! (InvestF und GeloS, Modelle der individuellen und institutionellen Bildungsfinanzierung im Hochschulbereich, Gütersloh im Februar 1999)

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Eine direkte Stiftung der Firma Krupp. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Stifterverbandes ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Siemens, München. Im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat Jürgen Lütjhe einen festen Platz. Er gilt dort als Fachmann aus der Praxis. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft arbeitet mit dem Centrum für Hochschulentwicklung eng zusammen.

Hans-Böckler-Stiftung des DGB

An der Studie: Für ein verändertes Bildungswesen hat Herr Lütjhe mitgeschrieben. In dieser Studie wird auf die Notwendigkeit der „Effizienz“ der Hochschulen verwiesen, da es kein Geld mehr gäbe. Der spektakulärste Vorschlag ist das Bildungskonto, welches jeder Bundesbürger bei seiner Geburt erhält und in das selbst eingezahlt werden soll, um später die Studiengebühren aufzubringen.

Die inhaltlichen Darstellungen im Folgenden beziehen sich auf die Äußerungen Lütjhes in den oben genannten Publikationen bzw. Institutionen.

Das Problem mit der Transparenz:

Viel ist unter dem Stichwort Transparenz gesagt worden. Ein vieldeutiger Begriff. Die einen verstehen darunter mehr Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen. Die anderen meinen, die Unübersichtlichkeit der Hochschulen müsse aufgelöst werden, auch im Hinblick auf den leistungswilligen Studenten, der ein Recht auf ein klares Dienstleistungsangebot habe (sofern er auch

Fortsetzung auf Seite 4

Stellt Euch folgendes vor: Ihr fangt mit Eurem Studium an der hiesigen Uni an. Eure Eltern haben leider nicht so viel Geld, um Euch den Lebensunterhalt während des Studiums zu zahlen. Außerdem haben sie auch „vergessen“, auf Euer persönliches Bildungskonto beizulegen einzuzahlen, so daß ihr jetzt mittellos das Studium aufnehmen müßt. Ihr Holt Euch ein staatlich gefördertes Bildungsdarlehen mit 7% Zinsen. BAFöG gibt es schon lange nicht mehr. Am Ende des Studiums wartet ein Schuldenberg von 56.000 DM auf Euch. Ob ihr eine Einstellung nach dem Studium bekommt, wißt ihr heute noch nicht genau. In Eurem Studienvertrag, den ihr zu Beginn des Studiums mit der Uni Hamburg abschließen müßt, steht drin, daß ihr den Leistungserfolg des Studiums nicht gefährden dürft. Auch den regelmäßigen Leistungskontrollen habt ihr mit Eurer Unterschrift vorbehaltlos zugestimmt. Vorbei sind die Zeiten, in denen neben dem Studium noch gejobbt werden konnte. Wer nicht regelmäßig in den Seminarens Präsenz zeigt, fliegt raus!

Nun, haltet ihr dieses Szenario für absurd und für übertrieben?

Es mag heute manches absurd und unvorstellbar erscheinen, was morgen vielleicht schon Realität ist. Ihr wäret auf jeden Fall nicht die Ersten in der Geschichte der Menschheit, denen so etwas passiert. Aber wir sind keine Propheten. Wie die Hochschule in der Zukunft genau aussehen wird, wissen auch wir nicht. Aber die gegenwärtigen Tendenzen machen uns Sorgen. Die zukünftige konkrete Entwicklung wird auch davon abhängen, ob es uns gemeinsam gelingt, Salz in die Suppe der „Uni-Macher“ zu streuen.

Deutschland führt Krieg - weltweit

Veranstaltung mit Rainer Rupp (Agent „Topas“)
Mo., 27.5., 19.00 Uhr,
Uni Hamburg
(der genaue Ort wird noch bekanntgegeben,
achtet auf Ankündigungen!)
Veranstaltet von AMS, DKP und junge Welt

Was ist los in Venezuela?

Wir planen für Ende Mai eine Veranstaltung mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Jugend Venezuelas. Leider können wir Euch die genauen Veranstaltungsdaten noch nicht nennen. Achtet auf Ankündigungen!

Die Welt des Herrn Lühje

Fortsetzung von Seite 3

zahlungskräftig ist).

Herr Lühje meint dazu im Besonderen: Ein Globalhaushalt sei schon eine gute Sache. Hier stimmt er dem SPD-Senat voll zu. Das Geld müsse nach Leistung der Universität und nach der studentischen Nachfrage für bestimmte Studiengänge vergeben werden. Sämtliche Leistungen der Universität müssen meßbar auf den Tisch gebracht werden. Einem Input von Geld muß der gewünschte Output von Leistung folgen. Alles muß unter dieser Prämisse meßbar gemacht werden. Studiengänge und Studentinnen müssen durch mehr Leistungskontrollen abgerufen werden. Erfolgskontrollen sind angesagt. Schluß mit dem Versteckspiel in schmutzigen Studentinnen-Cafes. Ran an die Klausuren, hin zum verschulnten Unterricht. Aber wer bestimmt darüber, was abgefragt wird und wie die Leistungen inhaltlich festgelegt werden? Darüber verlieren die Herren Lühje und Co. auffallend sparsame Worte!

Das Problem mit dem Standort Hochschule

Was sind schon Studieninhalte und Mitbestimmung, wenn es um das Prestige eines Top-Hochschul-Standortes wie der Universität Hamburg geht. Die AkademikerInnen von Morgen sollen ihre Universität repräsentieren. Sie sollen den Schein erwecken, daß die Universität Hamburg ein wichtiger und guter Hochschulstandort ist. Und der Erfolg des Standorts Hochschule mißt sich vor allem daran, wieviele Drittgelder eingeholt werden können. Denn es ist Lühje vollkommen klar, daß mit den kläglichen Mitteln des Senats keine richtige Party steigt. Der Wert, den die Sponsoren und Unternehmer der Hamburger Universität zubilligen, mißt sich direkt in der Höhe und im Ertrag von Sponsorgeldern. Und damit die möglichen Sponsoren der Universität Hamburg auch tatsächlich Wert

beimessen (und zwar nur dieser allein), muß so einiges passieren, damit ihren Vorstellungen entsprochen wird. An dieser Stelle beantwortet sich die oben aufgeworfene Frage nach den Inhalten der Leistungen, die da transparent gemacht werden sollen.

Indes, was die StudentInnen in der Hochschule lernen oder auch nicht lernen, interessiert Herrn Lühje nicht wirklich. Hauptsache, er kann seine StudentInnen als Aushängeschild benutzen. Was die AbsolventInnen hinterher können, ist ihm echt egal. Darüber sollen eben die Sponsoren entscheiden. Ein paar staatlichen Auflagen müssen noch eingehalten werden, damit nichts beanstandet wird. Gesellschaftlicher Bildungsauftrag also ade? Wir befürchten, daß gerade dies der neue staatliche Bildungsauftrag ist: Die bedingungslose Unterwerfung unter die Bedürfnisse des Kapitals.

Epilog

Und eines Tages betritt der Retter und Erlöser die Tribüne: Seht her, an meiner Universität wird Licht: Der neue Flügelbau ist erschaffen. In ihm ergießt sich die heilige Vorsehung der Herren Sponsoren. In seinem weißen und glatten Marmor sehe ich mich, so wie ich selber gesehen werden will. Mit seiner kühnen Architektur zeugt dieser Bau von Tatkraft und Neuanfang.

Wie es die Ironie der Geschichte will, steht der Flügelbau exakt an der Stelle, an der vor 50 Jahren die jüdischen BewohnerInnen des Grindelviertels in die Konzentrationslager des 3. Reiches deportiert wurden; der Mann, der den Flügelbau stiftete, Helmut Greve, hatte in der Naziewehrmacht eine aktive Rolle inne und hat somit selber zum Holocaust beigetragen. Doch davon will Herr Lühje lieber nichts wissen.

Brandanschlag auf mexikanische StudentInnen

Auf zwei von StudentInnen selbstverwaltete Räume an der UNAM (Nationale Autonome Universität Mexikos) wurde ein Brandanschlag verübt.

Im Morgengrauen des 20. April 2002 wurde ein Brandanschlag auf zwei von StudentInnen selbstverwaltete Räume verübt. Die Räume waren das Produkt der Bemühungen der StudentInnen, den Kampf und die Forderungen des Streiks (1999-2000) gegenüber den heftigen Angriffen der Regierung, v.a. auf die Mitglieder des Streikrats aufrechtzuerhalten. Nachdem die mexikanische Regierung und die Universitätsverwaltung es mit Räumungen, Haftbefehlen, Repression und Inhaftierungen schafften, den Streikrat (CGH) zu zerschlagen, beschlossen viele studentische Kollektive, in ihren Fakultäten die politische Arbeit aufzunehmen, um eine studentische Basis herauszubilden, die breiter, politischer und bewusster ist. Dafür haben sie selbstverwaltete, studentische Räume aufgebaut, in denen neben Versammlungen und der Vorbereitung von Konferenzen, die an die universitäre Gemeinde gerichtet sind, u.a. auch die Möglichkeit für alle StudentInnen bestand, Computer, Faxgeräte und Archive zu nutzen.

Diese selbstverwalteten Räume wurden - ebenso wie ihre OrganisatorInnen - seit ihrem Entstehen aus der Streikbewegung immer wieder zum Ziel von Angriffen. Der Brandanschlag zeigt nicht nur wieder einmal die Unfähigkeit und die totale Weigerung von Seiten der Universität, auf die studentischen Belange und Forderungen einzugehen, sondern ihren Unwillen, das Recht, sich zu organisieren, das über Jahrzehnte von verschiedenen Studentenbewegungen in Mexiko und der Welt erkämpft wurde, zu respektieren.